

## **Wenn die Verteilungsfrage zur Systemfrage wird ...**

Oft genug rümpfen die wenigen verbliebenen radikalen KritikerInnen des Kapitalismus nur noch die Nase bei sozialen Konflikten, in denen die Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Kapitalismus im Mittelpunkt steht. Verteilungskonflikte bleiben danach der Sache nach immer systemimmanent. So bleibt dies Feld gesellschaftlicher Praxis und sozialen Lernens weitgehend einem Sozialreformismus überlassen, der sich selbst mehr und mehr durch „ökonomische Kompetenz“ als die – auch für Unternehmer – bessere politische Wahl zu präsentieren versucht. Diese „ökonomische Kompetenz“ erweist sich u.a. darin, daß man sich über die Finanzierbarkeit sozialer Reformen solange den Kopf zerbricht, bis auch noch die letzte dieser Reformen auf der Strecke geblieben ist. Jeder Versuch eine Verbesserung der Lebensumstände von Lohnabhängigen auch nur zu denken, kommt auf den Prüfstand des ökonomischen Kalküls, wo er sogleich zu den Akten gelegt wird, weil das System mit sozialen Ansprüchen überstrapaziert sei und durch das „Anspruchsdenken“ in seinem Bestand gefährdet werde. Solch „ökonomische Vernunft“ wird heutzutage auch in Fabrikhallen gepflegt, wo sie allerdings den großen und kleinen Volks- und Betriebswirtschaftlern einen sehr hohen Preis abverlangt.

### **Warum die Verteilungsspielräume eng werden**

Die hohe Zahl der jährlichen Firmenzusammenbrüche, die wachsende Zahl der Arbeitslosen und die hohen Profite der Gewinner in der kapitalistischen Konkurrenz bieten ein widersprüchliches Bild. Gerne wird von Linken unter Verweis auf die hohen Profite kurzgeschlossen, daß es dem Kapitalismus offensichtlich gut gehe und die „Krise“ gemacht sei. Der „Sozialabbau“ und die ungehemmt voranschreitende soziale Polarisierung erscheint so vor allem als große Verschwörung boshafter Unternehmer und Politiker.

Die volkswirtschaftliche Berechnung der Kapitalrentabilität, nach der die Rendite heute etwa wieder das Niveau von 1970 erreicht hat, – was gern schon mal zitiert wird – ist jedoch allenfalls ein Hinweis darauf, daß die Maßnahmen wider den Fall der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals Wirkung zeigen und die Profitrate nicht ins bodenlose fällt. Sie beweist keinesfalls eine steigende Profitrate, als Garant für eine Expansion des Kapitalverhältnisses, von der auch die Lohnabhängigen profitieren könnten.

In der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals drückt sich das Verhältnis vom gesamten erzeugten Profit (identisch mit der Mehrwertmasse) zum gesamten in Form von Geld vorgeschossenen Kapital aus. Sie bestimmt die Verteilung der gesellschaftlichen Mehrwertmasse auf die verschiedenen Einzelkapitale. Rigorose Verdrängungskonkurrenz, also Pleiten, Pech und Pannen und eine Akkumulation, die ganz im Zeichen der Rationalisierungsinvestitionen steht, produzieren ein überzyklisch wachsendes Arbeitslosenheer. Die Summe dieser Erscheinungen, zeigen deutlich ein niedriges Niveau der Durchschnittsprofitrate an; ein Niveau, das vor allem für die Bildung neuer Kapitale eine kaum zu überwindende Hürde wird. Alle Beschwörungen des „Unternehmergeistes“, der „Gründerinitiative“ ändern nichts an der Konkurslawine. Mögen die Sieger dieser Verdrängungskonkurrenz also außergewöhnlich hohe Profite realisieren, so bleibt der Mehrwertmangel für das gesellschaftliche Gesamtkapital – und damit die Überakkumulation – doch bestimmend für die ökonomische und soziale Entwicklung. Hätte die Profitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals heute tatsächlich das gleiche Niveau wie 1970, so folgte daraus unvermeidlich eine ausgedehnte Neuanlage von Kapital mit stark steigender Nachfrage nach Lohnarbeitskräften. Wir hätten dann weder die heutigen Rekordzahlen an Pleiten noch an Arbeitslosen.

Die niedrige Profitrate als Ausdruck der Überakkumulation von Kapital mit chronischem Mehrwertmangel erzwingt den sozialen Angriff („Sozialabbau“) auf allen Ebenen. (vergl.

Das Kartenhaus, von Rainer Roth) Unter solchen Voraussetzungen wird selbst die Bewahrung des Status Quo der Verteilung des Reichtums zu einer Bedrohung für das System der Profitproduktion. Die kontinuierlichen Angriffe auf alle Bestandteile des Lohnes, die Verängerung der Arbeitszeiten – oft ohne jeden Lohnanspruch – bewirken eine vermehrte Auspressung unbezahlter Mehrarbeit, sind aber offenbar nicht in der Lage, die Profitrate wieder auf ein Niveau zu heben, das den Mehrwertmangel beheben würde. Dazu bedürfte es dramatischer Entwertungsprozesse und einer drastischen Verringerung der Zahl der Unternehmen, die sich den Mehrwert teilen, um die Überakkumulation zu beseitigen. So deutet vieles darauf hin, daß sich der Kapitalismus auf eine Zäsur wie 1929 zu bewegt, eine ökonomische Krise also, die in eine Krise des politischen Systems umschlägt, womit die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Kapitalismus – und damit die Produktionsverhältnisse selbst – objektiv zur Disposition stünden.

### **Kapitalistischer Reichtum und kapitalistische Armut**

Auch während der Nachkriegsblüte des Kapitalismus nahm der Abstand zwischen arm und reich zu, jedoch bei einer allmählichen Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensumstände der Lohnabhängigen. Unter den Bedingung der Überakkumulation ist „Schluß mit lustig“, weil die Verschlechterung dieser Lebensbedingungen zur Voraussetzung der Akkumulation von kapitalistischem Reichtum wird.

Der absoluten Masse nach schwillt der im Kapitalismus erzeugte Reichtum weiterhin enorm an, worüber die Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts in den hochentwickelten Ländern hinwegtäuschen. 1 Prozent Wachstum eines Sozialprodukts, das nach Billionen zählt führt zu einem beeindruckenden Wachstum der Masse nach betrachtet. In Deutschland wurde 1995 mit rund 80 Prozent der „Arbeitsmenge“ von 1970 ein „reales Bruttoinlandprodukt“ von 165 Prozent geschaffen (1970=100). Die Steigerung der Produktionskraft der Gesellschaft überhaupt ist aber nicht Zweck des Kapitals, sondern nur Mittel zum Zweck ausgedehnter Mehrwertauspressung. Mag der produzierte absolute Reichtum auch noch so groß sein, die gesellschaftliche Entwicklung erzeugt stärkere Krisen, wenn der darin enthaltene Anteil an unbezahlter Mehrarbeit nicht groß genug ist, um die Akkumulation und damit Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf ausgedehnter Grundlage zu ermöglichen. Also bejammern Politiker und Unternehmer Investitionshemmnisse aller Art und machen sich nach Kräften daran sie zu beseitigen: Frei nach dem Motto: Alles für den Endsieg ... pardon, die Akkumulation. Der Schrei nach geringeren Löhnen, längerer Arbeitszeit in jeder Form, Abbau sozialer Leistung wird umso perverser, je höher die Produktivität bereits ist und je größer der Reichtum. Es zeigt sich darin der Widersinn einer Produktion um der Produktion willen.

### **Ohne revolutionäre Ziele keine Durchsetzung von sozialer Reformen**

#### **Ohne Kritik der Armut keine revolutionären Ziele**

Jeden Tag machen heute Politiker und Unternehmer die Verteilungsfrage zu einer Systemfrage. Wer sich der Kapitallogik des Marktes und der betriebswirtschaftlichen Rentabilität nicht beugen will, gefährdet den Bestand des Systems. Wir leben wieder in einer Zeit, in der entschiedene Kämpfe um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nur dann und in dem Ausmaß geführt werden können, wie sozialistische bzw. kommunistische Positionen an Einfluß gewinnen. (Es sei daran erinnert, daß die heute zerbröselnden sozialen Erfolge der ArbeiterInnenbewegung ganz wesentlich ein Abfallprodukt einer sozialen Kraft war, die das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln abschaffen wollte und bedrohte. Daran ändern auch die heute als ungenügend oder falsch erkannten Ziele nichts.) Solche Postionen können andererseits nur wieder entwickelt werden, wenn die radikale Kritik grundlegend und systematisch an der asozialen kapitalistischen Verteilung ansetzt und darin die Kritik an den Produktionsverhältnissen herausarbeitet.

Wird heute in den bürgerlichen Medien über Gesundheits“reform“, über Renten“reform“ etc. berichtet und diskutiert, so drücken sich darin immer wieder etwa folgende grundlegende Fragestellungen aus:

- Wieviel Arbeit und Reichtum soll der Konsumtion zu Gute kommen und wieviel davon dem Ausbau und der Modernisierung von Produktionsanlagen?
- Wieviel Arbeit und Reichtum soll auf die gesicherte Altersversorgung aller verwandt werden?
- Wieviel Arbeit und Reichtum soll auf eine qualifizierte Ausbildung aller verwandt werden?
- Wieviel Arbeit und Reichtum soll auf die Versorgung und Betreuung kranker Menschen verwandt werden?
- Wieviel Arbeit und Reichtum soll auf die Beseitigung und Verhütung ökologischer Verwüstungen verwandt werden?
- usw.

Man kann diese Fragen auf der Basis des ökonomischen Sachverstands diskutieren, was allenthalben getan wird, und mit zwingend-logischer Folge dazu führt, dass weniger Arbeit und Reichtum auf das soziale und mehr für die Akkumulation eingesetzt werden muss. Der ökonomische Sachverstand bemüht dabei stets das „Naturgesetz“ der Konkurrenz, ohne viel danach zu fragen, woher sie kommt.

Man kann diese Fragen aber auch anders diskutieren und dabei die Bedürfnisse der Menschen als Ausgangspunkt nehmen, sollte diese am besten frech und radikal formulieren (z.B. Her mit dem schönen Leben!) und ohne Rücksicht auf ökonomische Vernunft. Mag es immerhin sein, dass die einen im Kapitalismus umverteilen wollen und die anderen in der Abschaffung des Kapitalismus die Voraussetzung für diese Umverteilung sehen. Wichtig ist erst mal nur, dass die Bedürfnisse radikal formuliert werden und ein Denken um sich greift, dass keine Rücksicht mehr auf die ökonomische Vernunft nimmt. Das muss der Konsens der „Antidemokraten“ sein (im Gegensatz zum Konsens der „Demokraten“). Wohl gemerkt: auch wer heute eine Reformforderung halbwegs konsequent stellt, die dazu führt, dass weniger für die Akkumulation bleibt und mehr Arbeit und Reichtum auf die soziale Versorgung verwendet wird, stellt indirekt die Systemfrage, weil das System sich in einen Zustand gesteigert hat, der jede Beschneidung des Profits zu einer grundsätzlichen Bedrohung für den Bestand werden lässt. Die radikalen Sozialreformer sind genauso „Utopisten“, wie die Revolutionäre. Sich hüten muss man nur vor den Regulatoren, bei denen sich der Sozialreformismus unter der Hand zu einem Mittel für die Heilung des Kapitalismus mausert. Das ist dann wieder ein völlig anderer Begründungszusammenhang. Für sie ist es nicht genug, mit den Bedürfnissen der Menschen zu argumentieren, sie wollen die besseren Ökonomen sein, die Ärzte am Krankenlager des Kapitalismus. Sobald die ökonomische Vernunft Einzug hält in den Sozialreformismus, gibt dieser sich tendenziell auf! Darum „Her mit dem schönen Leben“ und nicht „Her mit dem reparierten Kapitalismus!“

Bei den oben genannten Verteilungsfragen handelt es sich in ihrer Mehrheit um Fragen gesellschaftlichen Charakters, die keine Verengung auf eine betriebliche Kampfperspektive und Bornierung zulassen, wenn man sie im Sinne der Bedürfnisbefriedigung der Lohnabhängigen lösen will. Im Marxschen Sinne sind es Fragen, die eine „politische Bewegung“, eine „Bewegung der Klasse“ erfordern. Der aktuelle kapitalistische Diskurs hat die Tendenz auch diesen Fragen eine betrieblich-private „Lösung“ zuzuweisen und Stück für Stück werden die Herzen der Sozialdemokraten erweicht. Über die Fortexistenz oppositioneller gewerkschaftlicher Kräfte, die diesen Namen noch verdienen, entscheidet, ob es ihnen gelingt, in ihrer betrieblichen Arbeit diese Verteilungsfragen zu stellen und dabei gesellschaftliches Denken und Gesellschaftskritik bei sich selbst und unter Kolleginnen und

Kollegen zu entwickeln. Das Kapital ist seinem innersten Wesen nach ein gesellschaftliches Verhältnis und läßt sich gerade nicht als betriebliches Verhältnis verstehen und überwinden. Das Kapital vor allem als ein betriebliches Verhältnis zu verstehen und zu kritisieren heißt, sich in den Grenzen des ökonomischen Denkens zu bewegen. Das ökonomische Denken aber ist der direkte Feind jedes radikalen Bedürfnisses nach Befreiung!

Im Rahmen der globalisierungskritischen Bewegung scheint es möglich, das radikale Sozialreformer und Revolutionäre zusammenfinden und es vielleicht gelingt einen Einbruch zu erzielen, in die Dominanz der ökonomischen Vernunft in Gestalt des Liberalismus. Dazu müssten vor allem die zentralen Losungen gegen jeden Versuch einer ökonomischen Interpretation und Vereinhaltung (Regulatoren) verteidigt und propagiert werden. Die Revolutionäre dürfen die Verteilungsfrage nicht den Ökonomen (einschließlich der linken) überlassen! Das ist und bleibt ein fataler Irrtum und verbaut jede Perspektive.

(Anmerkung: Ich will mit dieser „Würdigung“ der Verteilungsfrage natürlich nicht die sozialrevolutionäre Perspektive allein davon abhängig. Es ist aber eine wichtige Frage, neben anderen Fragen – Organisation von Produktion und Verteilung, Reduzierung der Arbeit überhaupt, Entwicklung des Anspruchs der Individuen auf die Entwicklung ihrer „allgemeinen Produktivkraft“, etc.)